

MAZ v. 7. 10. 2010

Stiftung mit Gütesiegel für guten Datenschutz

RECHT Vortrag zu Internet und Bürgerrechten

Von Jürgen Lauterbach

„Bürgerrechte 2.0“: Zu den Rechten der Bürger angesichts des nimmersatten Internets sprach Birgit Grundmann (51) am Dienstagabend im Oberlandesgericht vor der Brandenburgischen Juristischen Gesellschaft. Die Staatssekretärin war kurzfristig eingesprungen für ihre Chefin, Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die der Vereinspräsident Wolf Kahl für den Abend eingeladen hatte.

Die promovierte Rechtsanwältin, die seit 1993 im Bundesjustizministerium arbeitet, nannte in ihrem Vortrag weitgehend bekannte Positionen der Ministerin und der FDP-Fraktion im Bundestag. So referierte sie über die von Schwarz-Gelb im Koalitionsvertrag vereinbarte „Stiftung Datenschutz“.

Die Institution solle Produkte testen und ein bundesweit einheitliches Datenschutz-Gütesiegel für Waren, Dienstleistungen und Unternehmen vergeben. Die Zielgruppe seien gerade Jugendliche, die sich mit zahlreichen persönlichen Daten oft gedankenlos in sozialen Netzwerken tummeln.

Solche Jugendliche erreiche man nicht mit Broschüren, versicherte die „Mutter zweier pubertierender Söhne“, als die sie sich vorstellte. Was das elektronische Datensammeln angeht, das

der Staat, die Wirtschaft und auch Privatleute mit Hilfe des Internets betreiben, soll sich der Gesetzgeber nach den Worten von Birgit Grundmann nicht mit der „normativen Kraft des Technischen“ abfinden. Vielmehr soll er Rahmenbedingungen setzen, welche die Privatheit der Bürger schützen.

Die Staatssekretärin sprach vom „staatlichen Datenhunger“, sie meinte etwa den elektronischen Entgeltnachweis „Elena“, bei dem die Lohndaten von 40 Millionen Arbeitnehmern gespeichert werden sollen. Die Vorratsdatenspeicherung, deren Ausgestaltung die Bundesverfassungsrichter beanstandet hatten, habe die Ministerin stets abgelehnt. Es geht dabei um die Aufbewahrung bestimmter Daten bezüglich Telefongesprächen oder dem Austausch bestimmter Informationen im Internet. Dies geschieht auf Vorrat. Die Speicherung der Telefondaten soll der Strafverfolgung, Gefahrenabwehr und Arbeit der Nachrichtendienste dienen.

Auch im privaten Internetgebrauch entdeckt Grundmann zahlreiche Gefahren, etwa wenn Jugendliche ihr Handy orten lassen und damit kundtun, an welchem Ort sie sich gerade mit welchen Freunden aufhalten. Die Staatssekretärin warnte vor einer „Gesellschaft, in der wir uns gegenseitig überwachen“.



Wolf Kahl führt seinen Gast Birgit Grundmann zum Rednerpult. Die Staatssekretärin sprach zu „Bürgerrechten 2.0“. FOTO: HEIKE SCHULZE